LANDKREIS WOLFENBÜTTEL



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 27. Juni 2013

Protokoll

über die 10. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin: Montag, 24.06.2013

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 20:15 Uhr

Ort, Raum: Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel,

großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Gruppe DIE LINKE & PIRATEN

Leukert, Michael

Perli, Victor Vorsitzender der

Kreistagsgruppe DIE LINKE

& PIRATEN

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Boog, Thomas

Dette, Ehrhard Stellv. Vorsitzender

Gerndt, Elisabeth

Wagner-Judith, Christiane Stellv. Landrätin

Gruppe CDU/FDP

Bötel, Bernhard Dinter, Ilona Försterling, Björn Fricke, Dietmar Großer, Elke Hantelmann, Klaus

Hasselmann, Rainer stellv. Landrat

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe Vorsitzender der

Kreistagsgruppe CDU/FDP

Löhr, Norbert

Oesterhelweg, Frank Pink, Maximilian

Schäfer, Uwe Stelly, Vorsitzender

Vogler, Birgit

Seite: 1/19

Wolff, Michael

SPD-Fraktion

Albinus, Martin Deitmar, Reinhard Ganzauer, Oliver Hausmann, Michael

Heider, Ute

Hensel, Falk Vorsitzender der SPD

Kreistagsfraktion

Jakob, Thomas Kaatz, Detlef Keye, Bernfried Koch, Harald Märtens, Julian

Polzin, Bruno Stellv. Landrat

Puhle, Stefan

Resch-Hoppstock, Sabine

Wiegel, Heike

Von der Verwaltung

Hortig, Martin Dezernent Erster Kreisrat Klooth, Kathrin Dezernentin III

Steinbrügge, Christiana Komm. Dezernentin IV Schillmann, Claus Jürgen Leitender Baudirektor

Böttcher, Bettina Komm.

Gleichstellungsbeauftragte

Vogt, Kornelia Pressesprecherin Eidam, Julia Protokollführerin Schwanke, Corinna Protokollführerin

Es fehlen:

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Barkhau, Holger

Brücher, Bertold Vorsitzender der B 90/ Die

Grünen Kreistagsfraktion

Gerndt, Reinhard Dr.

Gruppe CDU/FDP

Rautmann, Dirk Tiedt, Thorsten

von Veltheim, Alexander

SPD-Fraktion

Bosse, Marcus Brandes, Katrin

Krause, Patrick

Vree, Friedhelm

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1. Eröffnung der Sitzung
- 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)
- Feststellung der Tagesordnung (4c GO)
- 4. Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5 NKomVG)
- 5. Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 22.04.2013
- 6. Anfragen
- 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)
- 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
- 7. Anträge (§ 4f GO)
- 8. Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0259/2013
- 9. Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt

Haupt- und Realschule Sickte in Sickte

Hier: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung von drei- oder vierzügigen Integrierten Gesamtschulen an den o. g. Schulstandorten

Vorlage: XVII-0282/2013

10. Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN

hier: Carl- Gotthard- Langhans- Schule darf Berufsfachschule Altenpflege errichten Vorlage: XVII-0274/2013

11. Entwicklung von Bioenergiedörfern im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0271/2013

 Bestellung der Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege gem. § 34 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) in der zur Zeit gültigen Fassung

Vorlage: XVII-0232/2013

13. Radverkehrskonzept 2013

Vorlage: XVII-0264/2013

- Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2012 Vorlage: XVII-0280/2013
- 15. Nachtragswirtschaftsplan 2013 für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0281/2013
- Gemeinde Erkerode: Abstufung eines Teilstücks der L629 zur Kreisstraße, Ausbau der Ortsdurchfahrt Lucklum Vorlage: XVII-0270/2013
- 17. Stadt Wolfenbüttel: Abstufung eines Teilstückes der L630 zur Kreisstraße (von der B79 in Wendessen bis zur L627 in Ahlum)

Vorlage: XVII-0255/2013

Sozialticket f
 ür den ÖPNV im Verbundtarif Region Braunschweig (VRB)

Vorlage: XVII-0279/2013

19. Überplanmäßige Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: XVII-0269/2013

20. Überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: XVII-0273/2013

21. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für die Jahre 2013 und 2014

Vorlage: XVII-0272/2013

22. Einrichtung einer sozialpädagogischen Stelle in der IGS Wallstr.

Vorlage: XVII-0262/2013

23. "Werla-Schule" Schladen, Haupt- und Realschule in Schladen

hier: 1. Errichtung einer offenen Ganztagsschule

2. Planung und Neubau einer Mensa

Vorlage: XVII-0275/2013 sowie Vorlage: XVII-0275/2013/1

24. Entsendung von bis zu drei Mitgliedern des Kreistages in den Vorstand des Tourismusverbandes Nördliches Harzvorland e.V.

Vorlage: XVII-0292/2013

25. Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000,-€

Vorlage: XVII-0293/2013

26. Resolution zum Nachteilsausgleich

Vorlage: XVII-0294/2013

27. Unterrichtung durch den Ersten Kreisrat über wichtige Angelegenheiten (§§ 81, 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)

28. Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> eröffnet um 18:00 Uhr die 10. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienen herzlich willkommen.

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> führt an, dass die KAbg. Brandes, Bosse, Krause, Vree, Barkhau, Brücher, Dr. Gerndt, Rautmann, Tiedt und von Veltheim entschuldigt fehlen.

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> weist auf die Live- Übertragung der 10. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages durch TV 38 hin und bittet alle Kreistagsabgeordneten ausdrücklich bei jedem noch so kurzen Redebeitrag vorne an das Mikrophon zu kommen, da in der Übertragung der Wortbeitrag sonst nicht zu hören sei. Die Live Übertragung sei auf der Internetseite des Landkreises Wolfenbüttel abrufbar.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (4c GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die Tagesordnung fest.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5 NKomVG)

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> trägt die von der SPD – Kreistagsfraktion eingereichten Änderungen in der Ausschussbesetzung vor. Danach werde KAbg. Resch- Hoppstock im Verwaltungsrat des Eigenbetriebes Bildungszentrum ordentliches Mitglied, KAbg. Märtens werde dementsprechend stellvertretendes Mitglied. Weiterhin übernehme KAbg. Märtens anstelle von KAbg. Heider den Vorsitz im Ausschuss für Schule und Sport.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die vorgetragenen Nachbesetzungen werden im Sinne des § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 22.04.2013

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> trägt eine vorzunehmende Korrektur zum TOP 5.2 vor, wonach Dezernent Schillmann nicht den Abschlussbericht Ende Mai der Arbeitsgruppe vorlegen wollte, sondern die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Ende Mai 2013 tagen sollte.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 9. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages wird unter nachfolgender Korrektur

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

<u>Dezernent Schillmann</u> antwortet, dass der Abschlussbericht noch nicht verfasst werden konnte. Es sei jedoch anvisiert, die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Ende Mai 2013 stattfinden zu lassen.

genehmigt.

TOP 6 Anfragen

Seite: 5/19

TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Bötel erklärt, dass durch das aktuelle Hochwasser das Sportheim des Fußballvereins sowie der Sportplatz in Börßum in Mitleidenschaft gezogen worden seien. KAbg. Bötel fragt an, ob außerhalb bestehender Richtlinien unbürokratische Hilfe zugesichert werden könne, insofern keine finanzielle Absicherung durch die von der Gemeinde und/oder des Sportvereins Börßum abgeschlossenen Elementarversicherungen gegeben wäre.

Erster Kreisrat Hortig erklärt, dass vor Beginn der Kreistagssitzung eine Besprechung mit allen Fraktions- und Gruppenvorsitzenden u.a. zu diesem Thema stattgefunden habe. Es wurde Einigung darüber erzielt, dass bis zum kommenden Wochenende entsprechende Hochwasserschäden an die Kreisverwaltung herangetragen werden können. Bei ähnlich gelagerten Fällen wie in Börßum wäre zunächst zu prüfen, ob eine Elementarversicherung vorläge bzw. gegebenenfalls hätte abgeschlossen werden können. Nach Abschluss dieser Prüfung werde über mögliche finanzielle Unterstützung seitens des Landkreises Wolfenbüttel entschieden.

<u>KAbg. Jakob</u> fragt nach, wie viele Bürgerinnen und Bürger die Live- Übertragung der vergangenen beiden Kreistagssitzungen im Internet verfolgt haben.

Komm. Dezernentin Steinbrügge antwortet, dass die Zahl der Zuschauer seit Einführung der Liveschaltung durch TV 38 in der Spitze durchschnittlich bei 50 läge.

Anmerkung der Verwaltung:

Die aktuelle Sitzung haben in der Spitze 35 Personen gleichzeitig verfolgt.

KAbg. Försterling bittet die Kreisverwaltung darzulegen, wie viele Schülerinnen und Schüler im Laufe der letzten Jahre während eines Schuljahres oder nach Abschluss von der IGS Wallstraße an eine andere weiterführende Schule im Landkreis Wolfenbüttel gewechselt haben.

Komm. Dezernentin Steinbrügge erklärt, dass die Anfrage über das Protokoll beantwortet werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Abgänge innerhalb WF finden grundsätzlich zum Halbjahr oder Schuljahresende statt. Von den abgegangenen SchülerInnen wurde 1 Kind als Ordnungsmaßnahme der Schule verwiesen.

Schuljahr 2010/11

Abgänger:

Umzüge 1 (Bremen)

Wechsel 1 (RS Werla-Schule)

Zugänge:

Wechsel 2 (RS Lessing; Große Schule)

Schuljahr 2011/2012

Abgänger:

Umzüge 3 (Sachsen-Anhalt; Wilhelmshaven, Jöllenbeck)

Wechsel 5 (THG; Remlingen; Sickte, Schöppenstedt; Baddeckenstedt)

Zugänge:

Wechsel 4 (THG, GiS, 2x Große Schule)

Seite: 6/19

Schuljahr 2012/2013

Abgänger:

Umzüge 5 (Harzburg, BS, Gifhorn, Salzhausen, Salzgitter

Wechsel 7 (THG, Große Schule, RS Leibniz; Remlingen, Sickte, Werla, HS Erich-

Kästner)

Zugänge:

Wechsel 3 (2x GiS, Rs Leibniz)

Umzüge 3 (Schwarzenbeck, Peine, Iserlohn)

Weiterhin erkundigt sich <u>KAbg. Försterling</u>, wie die Landkreisverwaltung gedenke - hinsichtlich der Landratswahl am 22.09.2013 und dem damit einhergehenden Neutralitätsgebot - mit dem Fest der Volkshochschule am 21.09.2013 umzugehen.

Erster Kreisrat Hortig entgegnet, dass das Volkshochschulfest am 21.09.2013 – wie auch die Jahre zuvor - im Rahmen der Kulturnacht Wolfenbüttel stattfinde. Die Volkshochschule habe bisher immer diesen Anlass genutzt, um die Öffentlichkeit auf das Bildungszentrum und das Angebot der Volkshochschule aufmerksam zu machen. Neben den bestehenden gesetzlichen und verwaltungsinternen Regelungen zur politischen Betätigung der Beschäftigten der Kreisverwaltung werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses hinsichtlich des Neutralitätsgebotes vor der Direktwahl zur Landrätin/ zum Landrat und der Bundestagswahl darauf hingewiesen, sich parteipolitischer Aktionen, welche in Verbindung mit ihrer Tätigkeit beim Landkreis stehen, zu enthalten.

TOP 7 Anträge (§ 4f GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

TOP 8 Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Bildungszentrum

Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0259/2013

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage: XVII-0259/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1. Der vom Eigenbetrieb Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel erstellte und vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wolfenbüttel geprüfte und mit einem Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31.12.2010 wird beschlossen.
- 2. Der Jahresgewinn 2010 des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von 1.899.371,28 € wird zunächst mit der Restforderungen gegen den Landkreis aus dem Verrechnungsverkehr verrechnet. Die Restforderung beläuft sich derzeit noch auf 214.217,05 €. Die dann noch verbleibenden 1.685.154,23 € werden gemäß § 123 Absatz 1 Ziffer 1 NKomVG der Rücklage zugeführt.
- 3. Der Leitung (Werksleitung) des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel

Seite: 7/19

wird für das Jahr 2010 Entlastung erteilt.

TOP 9 Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt

Haupt- und Realschule Sickte in Sickte

Hier: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung von drei- oder

vierzügigen Integrierten Gesamtschulen an den o.g.

Schulstandorten

Vorlage: XVII-0282/2013

KAbg. Heider erläutert die Vorlage: XVII-0282/2013.

KAbg. Jakob bedankt sich bei der Kreisverwaltung für die ausführliche und differenzierte Vorlage, welche eine gute Diskussionsgrundlage für die interfraktionelle Arbeitsgruppe darstelle. Leider könne mit dieser Vorlage und durch die Berichterstattung in der Presse ein falscher Eindruck für die Bürgerinnen und Bürger entstanden sein. Sinn und Zweck der Vorlage sei lediglich die Prüfung der Möglichkeit der Errichtung von drei- oder vierzügigen Integrierten Gesamtschulen an den Schulstandorten Sickte und Baddeckenstedt gewesen. Jedoch solle mit dieser Prüfung keinem Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe vorgegriffen werden. Diese Prüfung diene lediglich als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppe und habe derzeit keinerlei Auswirkungen.

KAbg. Hantelmann ergänzt, dass der Prüfauftrag unlogisch gewesen sei. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe habe ihre Arbeit bereits aufgenommen und werde zu gegebener Zeit verlässliche Arbeitsergebnisse präsentieren. Insoweit sollten keine Spekulationen im Vorfeld getroffen oder Ergebnisse vorausschauend kommuniziert werden. Der Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe sei offen und locker formuliert. An der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung werde derzeit konzentriert gearbeitet, wonach bis zum Vorliegen von verlässlichen Zahlen auch keine Pro- und Kontra – Diskussionen zu möglichen Schulstandorten stattfinden sollten.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Das Ergebnis der Prüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen der Errichtung von dreioder vierzügigen Integrierten Gesamtschulen an den Schulstandorten der Haupt- und Realschulen in Baddeckenstedt und Sickte wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN

hier: Carl- Gotthard- Langhans- Schule darf Berufsfachschule

Altenpflege errichten Vorlage: XVII-0274/2013

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> weist auf den Änderungsantrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN vom 20. Juni 2013 hin und erteilt KAbg. Heider das Wort.

KAbg. Heider erläutert die Vorlage: XVII-0274/2013 und erklärt, dass der Antrag sowohl im Ausschuss für Schule und Sport als auch in der anschließenden Kreisausschusssitzung abgelehnt worden sei.

<u>KAbg. Perli</u> merkt an, dass der Landkreis Wolfenbüttel der einzige Landkreis in Niedersachsen sei, der noch kein Angebot einer staatlichen Altenpflegeschule vorweisen könne und so dem Begehren der Schule, der Erziehungsberechtigten und der Schülerinnen und Schülern nicht nachkäme. Da sich

Seite: 8/19

die Mehrheit des Kreistages gegen die Errichtung der Schulform "Berufsfachschule Altenpflege, dreijährige Ausbildung" zum 01.08.2013 ausgesprochen habe, künftige Jahre insoweit jedoch offen gehalten wurden, werde mit nachfolgendem Änderungsantrag ein Kompromiss angestrebt. Danach werde das Angebot einer staatlichen Altenpflegeschule an der Carl-Gotthard-Langhans-Schule (CGLS) zum kommenden Schuljahr 2014/15 ermöglicht. Die Anzahl der einzurichtenden Klassen solle sich jedoch aus den Ergebnissen der vom Kreisausschuss einberufenen Arbeitsgruppe zur Altenpflegeausbildung ergeben. KAbg. Perli weist darauf hin, dass der Landkreis Wolfenbüttel verpflichtet sei nach dem Nds. Schulgesetz, sein Bildungsangebot um eine Schule zu erweitern, wenn der entsprechende Bedarf hierfür vorläge. Derzeit würde die Kreisverwaltung dieser Verpflichtung nicht nachkommen und der CGLS die Einrichtung einer solchen Schulform untersagen. Dies sei nicht hinnehmbar, vor allem weil in künftigen Jahren ein Fachkräftemangel an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Altenpflege entstehen werde.

KAbg. Resch-Hoppstock nimmt den Änderungsantrag zur Kenntnis und erklärt, dass der Kreistag Wolfenbüttel der CGLS keinesfalls untersagt habe, eine solche Schulform einzurichten. Jedoch müsse der Bedarf die Einrichtung einer Schulform rechtfertigen, was zum Schuljahr 2013/ 2014 eindeutig nicht der Fall gewesen sei. Wie die kommenden Jahre zu beurteilen seien, werde die Arbeitsgruppe aufzeigen. Darüber hinaus resultiere der künftige Mangel an Fachkräften in der Altenpflege aus den fehlenden praktischen Ausbildungsplätzen. Die Arbeitsgruppe habe einen weitgefassten Arbeitsauftrag, welcher die Lage der Altenpflegeausbildung insgesamt betrachte und ergebnisoffen diskutieren werde. Insoweit könne keinesfalls von einer Untersagung der Errichtung oder einer Nichtbeachtung von gesetzlichen Bestimmungen gesprochen werden.

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> lässt sodann über den Änderungsantrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 2 Ja- und 34- Gegenstimmen nachstehenden

Beschluss:

Der Änderungsantrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN wird abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 2 Ja- und 34- Gegenstimmen nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVII- 0274/2013 ergibt, vom 16.April 2013 wird abgelehnt.

TOP 11 Entwicklung von Bioenergiedörfern im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0271/2013

KAbg. Löhr erläutert die Vorlage: XVII-0271/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 2 Stimmenhaltungen nachstehenden

Beschluss:

(Bezug: Vorlage XVI-0925/2011 und XVII-0177/2012)

Seite: 9/19

- 1. Der Ort Seinstedt wird durch Förderung einer Machbarkeitsstudie zur Entwicklung als Bioenergiedorf unterstützt. Die maximale Höhe der Förderung beträgt 15.000 Euro, maximal jedoch 2/3 der Kosten. Zudem wird der Ort Seinstedt durch einen Begleit- und Kommunikationsprozess seitens des Göttinger Institutes für Bioenergie und Regionalentwicklung e. V. (IBR) unterstützt, um den notwendigen Prozess u. a. bei der Bildung von Arbeitsgruppen und einer Trägerorganisation, der Bürgerinformation und der Vorbereitung von Vorverträgen zielgerichtet zu begleiten.
- 2. Der Landrat wird ermächtigt, die Gesellschaft für umweltfreundliche Technologie e. V. (GUT) mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu beauftragen.

TOP 12 Bestellung der Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege gem. § 34 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) in der zur Zeit gültigen Fassung

Vorlage: XVII-0232/2013

KAbg. Löhr erläutert die Vorlage: XVII-0232/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Frau Ina Weber-Schönian, Tiefe Str. 3, 38162 Cremlingen, wird mit Wirkung vom 01. Juni 2013 erneut für weitere 5 Jahre bis zum 31. Mai 2018 zur Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege für den Bereich des Landkreises Wolfenbüttel bestellt.

TOP 13 Radverkehrskonzept 2013 Vorlage: XVII-0264/2013

KAbg. Löhr erläutert die Vorlage: XVII-0264/2013.

KAbg. Wiegel erklärt, dass das seit 2004 im Landkreis Wolfenbüttel bestehende Radwegekonzept stetig verbessert wurde und dass das neue Radwegekonzept 2013 daran anknüpfe. Auf Grundlage des Radwegenetzentwurfes aus dem Jahr 2011 konnte die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem **ADFC** bereits Konzept für die Einführung eines flächendeckenden Alltagsbeschilderungskonzeptes im Landkreis erarbeiten und beschließen. Die Umsetzung dieses Konzeptes, u. a. mit dem Ziel eines sicheren Radwegenetzes und einer flächendeckenden Beschilderung in allen Ortslagen, erfolge dann schrittweise in den kommenden Jahren. Das neue Radverkehrskonzept stelle eine Erweiterung des alten Radwegekonzepts dar und solle sowohl die Verbesserung bzw. Ausweitung touristischer Radwegetouren vorantreiben als auch den allgemeinen Radverkehr mit alltagstauglichen Wegen, wie Schul-, Berufs- und Einkaufswegen, fördern. Weitere wichtige Punkte, die bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes zu beachten seien, wären die Bereitstellung von Radfahrabstellanlagen zum Schutz vor möglichem Diebstahl sowie die Möglichkeit der Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln und der Etablierung eines "Bike and Ride"-Systems. Die Schaffung von Reparaturstationen und die Einrichtung einer Schadenservicehotline wären ebenfalls zu nennen. Zudem könnten neue Technologien, wie die Elektromobilität, genutzt und entsprechende Ladestationen für E-Bikes errichtet werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Seite: 10/19

Beschluss:

Den Abwägungsvorschlägen aus dem Beteiligungsverfahren gem. Anlage 1 wird zugestimmt. Das Radverkehrskonzept 2013 wird beschlossen.

Ab dem Jahr 2014 werden die finanziellen und organisatorischen Mittel zur Umsetzung bereitgestellt.

TOP 14 Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2012 Vorlage: XVII-0280/2013

KAbg. E. Gerndt erläutert die Vorlage: XVII-0280/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- Der mit Prüfbericht der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsberatungsgesellschaft vom 22.04.2013 geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2012 des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel und der Lagebericht werden festgestellt.
- 2) Verwendung des Bilanzgewinn der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von 248.531,12 €:
 - Gem. § 12 Abs. 4 Eigenbetriebsverordnung werden davon 223.877,38 € als Eigenkapitalverzinsung des Teilbetriebes Abfallwirtschaft an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.
 - Der Jahresgewinn des Tiefbaubetriebes in Höhe von 88.154,16 € wird ebenfalls an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.
 - Der Verlust des Breitbandbetriebes in Höhe von 63.500,42 € wird über das Eigenkapital des Betriebes abgedeckt.
- 3) Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel wird gem. § 33 Eigenbetriebsverordnung für das Wirtschaftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

TOP 15 Nachtragswirtschaftsplan 2013 für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel

Vorlage: XVII-0281/2013

KAbg. E. Gerndt erläutert die Vorlage: XVII-0281/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1.) Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 wird

im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von 19.430.200 €

Aufwendungen in Höhe von 19.503.800 €

Seite: 11/19

im Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von Ausgaben in Höhe von	9.430.800 € 9.430.800 €
festgesetzt.	
Im Vermögensplan werden Kredite für Investitionen in Höhe von festgesetzt	5.000.000 €
 Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögens plan wird auf festgesetzt. 	6.391.300 €
4.) Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben durch die Sonderkasse der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf	650.000 €

TOP 16 Gemeinde Erkerode: Abstufung eines Teilstücks der L629 zur Kreisstraße, Ausbau der Ortsdurchfahrt Lucklum Vorlage: XVII-0270/2013

KAbg. E. Gerndt erläutert die Vorlage: XVII-0270/2013.

festgesetzt.

KAbg. Wagner- Judith erklärt, dass die Kommende in Lucklum ein touristisches Highlight der Region sei, welche die volle Wirkung erst im Zusammenspiel mit dem Umfeld entfalte. Daher sei beispielsweise die doppelreihige Allee, aber auch die alte Pflasterung der Ortsdurchfahrt ein Teil des Ensembles in Lucklum, was es zu erhalten gelte. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN habe dementsprechend im Kreisausschuss einen Antrag gestellt, wonach nicht die gesamte Straße als Kreisstraße abgestuft werden sollte, sondern lediglich die Ortsdurchfahrt Lucklum und die auch Voraussetzung. dass der Gemeinderat Erkerode eine Kostenübernahmeerklärung über die zu finanzierende Lücke zwischen Baukosten und den vom Land bereitgestellten Mitteln inklusive Folgekosten abgäbe. Im Kreisausschuss sei jedoch signalisiert worden, dass dieser Antrag bei den Fraktionen und Gruppen des Kreistages keine Mehrheit fände, wonach davon abgesehen werde, ihn erneut zu stellen. KAbg. Wagner- Judith beantragt jedoch, über die Beschlusspunkte getrennt abzustimmen, da die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN dem 1. Beschlusspunkt keinesfalls zustimmen könne, sie den 2. Punkt jedoch gerne mittragen würden.

KAbg. Lagosky erklärt im Namen der CDU- Kreistagsfraktion, dass nach langer Diskussion sowohl innerhalb der Fraktion als auch im Kreisausschuss die Meinung vertreten werde, dass das Land in der Zuständigkeit bleiben solle. Dies resultiere daraus, dass auch vor Ort in Lucklum teils keine einvernehmliche Meinung zu dem Thema und einer gemeinsamen Vorgehensweise herrsche. Weiterhin habe sich auch die Kreisverwaltung aus Kostengründen gegen eine Herabstufung ausgesprochen, wonach diese gebeten werde, die Kosten sowie die Folgekosten erneut darzulegen, damit die Bevölkerung diese Entscheidung besser nachvollziehen könne. Darüber hinaus sei das Land in der Zuständigkeit – sowohl hinsichtlich der Sanierung als auch hinsichtlich des Denkmalschutzes – wonach die Zuständigkeit auch bei dem Land verbleiben sollte.

<u>Dezernent Schillmann</u> legt dar, dass sich sowohl die Kreisverwaltung als auch der Kreisausschuss gegen die Übernahme der Straße sowohl wegen der Mehrkosten, die die Kreisverwaltung zu tragen hätte, als mangels Vorlage einer vernünftigen und belastbaren Kostenschätzung. Die Kommende in Lucklum sei zweifelsohne ein herausragendes Objekt im Landkreis Wolfenbüttel, wo auch die

Seite: 12/19

Pflasterung eine entscheidende Rolle spiele. Daher werde die Kreisverwaltung versuchen, erneut auf die Landesregierung einzuwirken, damit die Pflasterung teils erhalten bliebe und somit eine Mischung aus Aufarbeitung der noch gut erhaltenen Pflasterung sowie der Asphaltierung der restlichen Straße erreichen zu können.

KAbg. Resch- Hoppstock hebt hervor, dass die Anwohnerinnen und Anwohner ein großes Interesse daran hätten, die Pflasterung zu erhalten. Daher sei der Appell an das Land seitens der Kreisverwaltung zwingend notwendig. Die SPD – Kreistagsfraktion werde sich zwar auch gegen die Herabstufung aussprechen, jedoch sei dies nicht als Absage zu werten, sondern eher als Unterstützung, da es aufgrund von Förderungen und Zuschüssen, die es für den Erhalt der Pflasterung geben könnte, möglich erscheine, dass auch das Land diese in Anspruch nehme und damit die Pflasterung erhalte.

KAbg. Perli merkt an, dass es der öffentlichen Hand nach dem Nds. Denkmalschutzgesetz ohnehin untersagt sei, ein Denkmal lediglich aus Kostengründen nicht zu erhalten. Die Kreistagsgruppe die LINKE & PIRATEN werde sich auch gegen die Herabstufung aussprechen, nicht, weil die Wirkung des Ensembles nicht gesehen werde, sondern aufgrund der hohen Lautstärkebelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner durch die Pflasterung.

KAbg. Oesterhelweg weist darauf hin, dass der Rat der Gemeinde Lucklum unter Bürgermeister von Henninges damalig einen guten und tragbaren Kompromissvorschlag erarbeitet und vorgelegt habe, wonach ein Teil der Pflasterung erhalten bleiben und der Rest aus Lautstärkegründen asphaltiert werden sollte. Dieser durchaus interessante Lösungsweg sei jedoch nach der Kommunalwahl nicht stringent verfolgt worden, wonach nunmehr schnellstmöglich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine einvernehmliche und gangbare Lösung gefunden werden müsse.

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> lässt sodann über den Antrag von KAbg. Wagner Judith zur getrennten Abstimmung über die einzelnen Beschlusspunkte abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Über die Beschlusspunkte wird getrennt abgestimmt.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über die Ablehnung der Herabstufung abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 34 Ja- und 2 Neinstimmen nachstehenden

Beschluss:

1. Die Herabstufung der L 629 zur Kreisstraße vom Tetzelstein bis zur Lucklumer Kreuzung wird abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

2. Das Land wird aufgefordert unter Berücksichtigung der Verkehrssicherungspflicht und unter denkmalschutzrechtlichen Belangen eine schnellstmögliche Lösung zu finden.

Seite: 13/19

TOP 17 Stadt Wolfenbüttel: Abstufung eines Teilstückes der L630 zur Kreisstraße (von der B79 in Wendessen bis zur L627 in Ahlum) Vorlage: XVII-0255/2013

KAbg. E. Gerndt erläutert die Vorlage: XVII-0255/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird ermächtigt,

die **Abstufung** eines Teilstückes der Landesstraße 630 von Wendessen bis Ahlum **zur Kreisstraße**

zu betreiben.

TOP 18 Sozialticket für den ÖPNV im Verbundtarif Region Braunschweig (VRB)

Vorlage: XVII-0279/2013

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage: XVII-0279/2013

KAbg. Perli erklärt im Namen der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN, dass der Beschlussvorschlag so mitgetragen werden könne, da die Kreisverwaltung damit deutlich mache, dass ein Sozialticket benötigt werde. Das Zahlenwerk, welches seitens der Verkehrsunternehmen zur Finanzierung eines solchen vorgelegt worden seien, sei zweifelsohne indiskutabel. Der Landkreis Wolfenbüttel trage derzeit ohnehin schon ein Teil der Kosten der Verkehrsunternehmen und mit den vorgelegten Zahlen würden lediglich die Einnahmen der Verkehrsunternehmen verbessert werden. Ein Sozialticket sei in anderen Regionen für deutlich weniger Geld realisierbar, wonach nunmehr die Verkehrsunternehmen in der Pflicht seien einen Kostenvorschlag zu erarbeiten, damit schlussendlich alle Bevölkerungsschichten die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem fairen Preis nutzen könnten.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Vom Schreiben des ZGB, so wie es sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0279/2013 ergibt, wird Kenntnis genommen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird nach Abschluss des ÖPNV- Workshops beauftragt, die Ergebnisse des Workshops und die Ausgestaltung des Sozialtickets mit dem ZGB zu verhandeln.

TOP 19 Überplanmäßige Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: XVII-0269/2013

Seite: 14/19

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage: XVII-0269/2013.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den am 07.03.2013 bewilligten überplanmäßigen Auszahlungen, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0269/2013 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 20 Überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: XVII-0273/2013

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage: XVII-0273/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Den überplanmäßigen Aufwendungen, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0273/2013 ergeben, wird zugestimmt. Zur Deckung der Aufwendungen werden die Mehrerträge bei Produktkonto 1112100001.3582001 "Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen" herangezogen.

TOP 21 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für die Jahre 2013 und 2014 Vorlage: XVII-0272/2013

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage: XVII-0272/2013

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für den Rettungsdienstbereich des Landkreises Wolfenbüttel für die Jahre 2013 und 2014, wie sie sich ihrem Wortlaut aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVII-0272/2013 ergibt, wird zugestimmt.

TOP 22 Einrichtung einer sozialpädagogischen Stelle in der IGS Wallstr. Vorlage: XVII-0262/2013

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage: XVII-0262/2013

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Seite: 15/19

In der IGS Wallstr. in Wolfenbüttel wird ab dem Schuljahr 2013/2014 Sozialarbeit mit einem Stellenanteil von 0,5 (S 11 TVöD) für den Projektzeitraum 01.08.2013 – 31.07.2014 etabliert.

Es besteht die Option, die befristete Stelle zu verlängern, wenn die Landesregierung ab dem 01.08.2014 keine sozialpädagogischen Stellen für offene Ganztagsschulen zur Verfügung stellt.

TOP 23 "Werla-Schule" Schladen, Haupt- und Realschule in Schladen hier: 1. Errichtung einer offenen Ganztagsschule 2. Planung und Neubau einer Mensa Vorlage: XVII-0275/2013 sowie Vorlage: XVII-0275/2013/1

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlagen XVII-0275/2013 sowie XVII-0275/2013/1.

KAbg. Koch merkt an, dass diese Vorlage exemplarisch den Widerspruch in der Schulpolitik des Wolfenbüttel aufzeige. Es werden in Schulangelegenheiten seit kreisstrukturpolitische Entscheidungen getroffen ohne eine grundlegende Schulentwicklungsplanung. Ländliche Schulstandorte werden vernachlässigt und die Schülerströme immer mehr in Richtung der Stadt Wolfenbüttel gelenkt. Beide Integrierten Gesamtschulen seien in der Stadt Wolfenbüttel. Hierfür wird beispielsweise auf Kosten des Landkreises Wolfenbüttel eine Turnhalle in dem teuersten Baugebieten der Stadt errichtet ohne nur einmal an das Ziel der Haushaltskonsolidierung zu denken. In der Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2013 habe das Ministerium geschrieben "Das Ziel muss nach wie vor der Abbau Ihrer Gesamtverschuldung und auch die Reduzierung des investiven Kreditbestandes sein. [...] Das Ziel einer nachhaltigen Entschuldung ist bei Ihnen jedoch leider bisher nicht erkennbar. Ein Beschluss des Kreistages zur Umsetzung dieses Ziels wäre zu begrüßen". Anstatt sich diesen Worten anzunehmen, stolpere der Kreistag in Sachen Schulpolitik von einer Übergangslösung zur Nächsten, bilde Arbeitsgruppen und Workshops, welche in ihrer Arbeit teilweise über die Bestandsaufnahme nicht hinauskommen würden. Die Schulentwicklungsplanung sei viel zu lange vernachlässigt worden, wonach es an der Zeit sei, einen Weg aus dieser Zwickmühle zu finden und auf der Grundlage der Schulentwicklungsplanung sinnvolle und dauerhafte Entscheidungen zu treffen.

KAbg. Hensel entgegnet, dass jetzt genau der richtige Zeitpunkt für die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung sei, da mit dem Wechsel der Landesregierung völlig neue Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt worden seien. Gerade der hiesige Beschluss stelle eine Stärkung des ländlichen Raumes dar. Natürlich sei es bedauerlich, dass beide IGS im Stadtgebiet errichtet worden seien, jedoch haben die Schülerzahlen für eine Errichtung einer IGS im ländlichen Raum zum damaligen Zeitpunkt nicht ausgereicht. Daher werde nunmehr das Rad durch die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung neu gedreht, um auch die Schullandschaft im ländlichen Raum vermehrt stärken zu können.

KAbg. Lagosky ergänzt die Ausführungen von KAbg. Koch, dass der Landkreis Wolfenbüttel mittlerweile in eine Schulentwicklung hineingestolpert sei, die nicht mehr aufzuhalten wäre. Daher werde dringend ein Konzept für den gesamten Landkreis Wolfenbüttel benötigt, damit künftig erst geplant und dann gehandelt werde.

Es entsteht eine rege Diskussion zwischen den KAbg. Försterling, Jakob, Perli und Hantelmann u.a. darüber, wie sich die einzelnen Fraktionen und Gruppen des Kreistages zu den entscheidenden Fragen der Schulentwicklungsplanung - noch vor der Landratswahl am 22.09.2013 - positionieren, welche gymnasialen Standorte in der Stadt Wolfenbüttel erhalten bleiben könnten, wie und ob Schülerströme im Landkreis Wolfenbüttel gehalten werden sollten oder ob diese auch weiterhin außerhalb des Kreisgebietes künftig beschult werden dürften.

Seite: 16/19

<u>Vorsitzender Ganzauer</u> nimmt Bezug auf die aktuelle Vorlage und bittet um eine inhaltliche Diskussion.

Ohne weitere Aussprach fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1. Der Errichtung einer offenen Ganztagsschule an der "Werla-Schule" Schladen zum Schuljahr 2013/14 wird zugestimmt.
- 2. Um den Betrieb der offenen Ganztagsschule zum Schuljahr 2013/2014 aufnehmen zu können, wird bis zu einer Entscheidung über die Schulentwicklungsplanung als Übergangslösung für den Neubau einer Mensa in der Werla-Schule ein Teil der Pausenhalle (Essensraum) und die vorhandene Cafeteria (Küche und Ausgaberaum für das Essen) für einen Mensabetrieb umgebaut.

Den überplanmäßigen Aufwendungen /Auszahlungen für die befristete Übergangslösung im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 85.000 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus den Produktkonten 6120000000. 4521000 bzw. 6120000000. 7521000 (50.000 €) und 1113100000. 7871000 (35.000 €).

TOP 24 Entsendung von bis zu drei Mitgliedern des Kreistages in den Vorstand des Tourismusverbandes Nördliches Harzvorland e.V. Vorlage: XVII-0292/2013

Stellvert. Landrat Hasselmann erläutert die Vorlage: XVII-0292/2013.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Gemäß § 11 Abs. 4 lit. g der Neufassung der Satzung "Nördliches Harzvorland Tourismusverband e.V." benennt der Kreistag die KAbge. Falk Hensel, Uwe Schäfer und Bertold Brücher zur Entsendung in den Gesamtvorstand des Tourismusverbandes Nördliches Harzvorland e.V..

TOP 25 Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000,- € Vorlage: XVII-0293/2013

Stellvertr. Landrätin Wagner- Judith erläutert die Vorlage: XVII-0293/2013

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Spende für die Abt. Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Wolfenbüttel in Höhe von 4.000,00 € zur Unterstützung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Partnerschaft zu Wrzesnia wird angenommen.

TOP 26 Resolution zum Nachteilsausgleich Vorlage: XVII-0294/2013

Seite: 17/19

Erster Kreisrat Hortig erläutert die Vorlage: XVII-0294/2013.

KAbg. Lagosky zeigt sich erfreut über die Resolution, erklärt jedoch, dass die CDU – Kreistagsfraktion bereits seit Jahren versucht habe, einen solchen Fond zu manifestieren, dabei jedoch immer wieder auf Kritik und Ablehnung seitens der übrigen Fraktionen und Gruppen des Kreistages Wolfenbüttel gestoßen sei. Die Forderung nach einem Nachteilsausgleich hätte dementsprechend bereits viel weiter sein können. KAbg. Lagosky begrüßt, dass nunmehr auch alle anderen Gruppen und Fraktionen eingesehen haben, dass der Asse- Fond nichts mit einem Ablasshandel zu tun habe, sondern eine Chance darstelle, um die eingetretenen Schäden in der Region ausgleichen zu können.

KAbg. Fricke ergänzt, dass es keine Rolle spiele, wie der Nachteilsausgleich betitelt werde. Ob nun Nachteilsausgleich, Asse- Fond, Lastenausgleich, Härtefallausgleich – wichtig sei, dass er kein Ablasshandel, sondern eine Hilfe für die Menschen in der Region darstelle. Diese Hilfe habe die CDU- Kreistagsfraktion und vor allem KAbg. Oesterhelweg bereits seit Jahren gefordert. Es sei erfreulich, dass nun auch alle anderen Fraktionen und Gruppen des Kreistages Wolfenbüttel die Notwendigkeit erkannt haben, wonach ein einvernehmliches Signal gegeben werden müsse und die Resolution einstimmig verabschiedet werden sollte.

KAbg. Hensel zeigt sich ebenfalls erfreut über die gemeinsam erarbeitete Resolution, bedauert es jedoch, dass diese Eintracht nunmehr zerredet werde. Diese Resolution sei nicht nur die Forderung nach einem Nachteilsausgleich, vielmehr sei sie eine Gesamtkonstrukt, wo die Forderung nach der Ansiedlung eines Wissenschaftszentrums sowie der für die Endlagersuche notwendigen Behörden am Standort Remlingen im Vordergrund stünde. Daher müsse zwingend darauf hingewirkt werden, dass diese Behörde nicht an einem anderen Standort errichtet werde – derzeit sei beispielsweise Siegburg im Gespräch – und die Rückholung weiter vorangetrieben werde.

<u>KAbg. Dette</u> erklärt, dass die CDU – Kreistagsfraktion zwar seit Jahren die Forderung nach einem Asse – Fond kommuniziert habe, die hiesige Resolution jedoch weitaus umfangreicher und tiefgründiger sei als nur ein Fond. Gerade hinsichtlich der Ansiedlung des Wissenschaftszentrums sei die Resolution viel mehr, wonach zwingend darauf hingewirkt werden müsse, dass diese Forderung umgesetzt werde.

<u>KAbg. Perli</u> merkt an, dass auch die Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN dieser Resolution mit einem guten Gewissen zustimmen werde, da weiterhin das oberste Ziel die Rückholung sei. Der Nachteilsausgleich sei der Rückholung deutlich nachgeordnet.

KAbg. Försterling dankt KAbg. Oesterhelweg, dass er sich sowohl parteiintern als auch gegenüber der Bundesregierung immer wieder für den Nachteilsausgleich stark gemacht habe, da der Kreistag ohne seine Initiativen heute sicher keine entsprechende Resolution verabschieden könnte. Nichts desto trotz müsste die Forderung nach dem Nachteilsausgleich über diese Resolution hinaus mit Leben gefüllt und konstruktiver formuliert werden als beispielsweise der Konrad – Fond. Abschließend werde darauf hingewiesen, dass es kein nennenswerter Fortschritt sei, dass mit der Rückholung bereits im Jahr 2033 und nicht erst im Jahr 2036 begonnen werden könne, so wie es am Wochenende in einem Extrablatt der Zeitung hervorgehoben wurde. Die Planungen seien weiterhin zu langsam – die schnellere Rückholung sei definitiv möglich!

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Resolution zum Nachteilsausgleich für die vorübergehende Ein- und Pufferlagerung von Atommüll sowie die mit der Schließung der Schachtanlage Asse verbundenen Auswirkungen wird zugestimmt.

Seite: 18/19

TOP 27 Unterrichtung durch den Ersten Kreisrat über wichtige Angelegenheiten (§§ 81, 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Unterrichtungspunkte vorliegen.

	TOP 28	Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4)	i GO
--	--------	---------------------------------	------

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Ganzauer schließt den öffentlichen Teil um 20:12 Uhr.

Vorsitzender Ganzauer eröffnet den nichtöffentlichen Teil um 20:13 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in

Seite: 19/19